



**Dr. Volker Stanzel, *Auswärtiges Amt*; Vortrag zur Eröffnung von „Meeting China 2008 – Olympia-land kontrovers“ am 07. April 08 in der Landesvertretung NRW, Berlin**

## **China verändert die Welt: Chance, Herausforderung oder Konflikt der Systeme?**

1.

Wenn es einen derzeit die öffentliche Meinung über China im Westen durchziehenden roten Faden gibt, dann ist es das wachsende Misstrauen. Ob die USA, Japan oder Europa, seit etwa 2004 sind die Gruppen, die von China eine gute Meinung haben, von der Mehrheit zu einer Minderheit geworden.<sup>1</sup> Es scheint die Häufung von Themen wie Darfur, Klimawandel, Demokratie und Tibet, vergiftete Nahrungsmittel oder Farben auf Kinderspielzeug zu sein, die aus der Bewunderung für den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas Misstrauen gegenüber seinem Verhalten auf der Weltbühne haben werden lassen. Diese Themen aber sind nur Ausdruck einer tiefer liegenden Entwicklung, die Unbehagen, ja Furcht, erzeugt: Die Herausforderung unserer gewohnten Weltordnung, die der Aufstieg Chinas zu bedeuten scheint. Bei aller Kritik an den USA auch im Westen, die von Gallup/ Bertelsmann ermittelte Mehrzahl von Befragten in neun Industrieländern, die meinen, dass der Aufstieg Chinas bis zum Jahr 2020 auf Kosten der Supermachtrolle Amerikas gehen wird, dürfte dies wohl eher nicht begrüßen. Der Wohlstandszuwachs in China scheint letztlich unerträglich viele Arbeitsplätze und Firmenexistenzen im Westen zu kosten, als dass er auch vom Käufer der billigen Textilien und Technikprodukte aus China nicht als Bedrohung empfunden werden würde. Die Vervierfachung des Umfangs der chinesischen Volkswirtschaft seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 und ihre zu erwartende weitere Verdoppelung bis 2020 wird dazu führen, dass China ein Drittel der weltweiten Produktion von Eisen, Stahl und Kohle verbrauchen wird – mit den entsprechenden Folgen für die westlichen Volkswirtschaften. Unterdessen drohen staatlich gesteuerte chinesische Investmentbanken, die chinesischen Devisenreserven, mit Ende 2006 einer Höhe von über einer Billiarde Dollar für den Einkauf westlicher Schlüsselindustrien – und in der Folge ihre Aushöhlung und Transfer ihres Knowhows nach China – einzusetzen. Also wohl nicht verwunderlich, wenn Stimmen nicht nur in den USA, für die das Problem der überhöhten Bewertung der chinesischen Währung hinzu kommt, sondern auch in den Parlamenten Europas und in den Medien, zum Schluss kommen, es bedürfe einschneidender protektionistischer Maßnahmen, um einen „Weltkrieg um Wohlstand“ („Spiegel“) zu vermeiden.

Zunächst ist dazu festzustellen: Der Westen profitiert vom Aufstieg Chinas. In gleicher Weise wie der Eintritt der USA vor hundert Jahren, oder Südkoreas vor zwanzig Jahren, in den Kreis moderner Volkswirtschaften über Erhöhung von Produktivität weltweit und Preissenkungen durch Angebotsausweitung zu Wohlstandszuwächsen in allen Industriestaaten geführt haben, ist das auch die Folge der Modernisierung Chinas. Woher dann die Frage, ob China nicht nur „Schwarzfahrer der internationalen Ordnung“ (Francois Godement) sei, oder ob es nur „Verantwortung à la carte“ auf sich nehmen wolle? Das liegt am mit dem wirtschaftlichen verbundenen politischen Aufstieg: China ist nicht nur globaler Akteur, es ist eine globale Macht. Wie leicht Friktionen mit bestehenden Mächten aufkommen, wenn die neue aufstrebende Macht nicht umsichtig mit ihrem neuen Einflussvermögen umgeht, sondern rücksichtslos ihren eigenen „Platz an der Sonne“ erkämpfen will, haben die Schicksale Deutschlands und Japans im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gezeigt. Dieser Gefahr ist sich China immerhin bewusst – wie die Behandlung des Wegs Deutschlands in den Ersten Weltkrieg durch chinesische Forscher belegt; auch die Fernsehserie „Aufstieg großer Mächte“ belegt die bewusste Auseinandersetzung mit dieser

<sup>1</sup> Pew-, GMF-, Chicago Council on Global Affairs-Umfragen, zit. in. <http://www.csmonitor.com/2007/0912/p01s06-woap.html>.

Problematik, wenn sie als Ursache für den Aufstieg großer Mächte wirtschaftliche Einheit und Entwicklung, politische Einheit und Verteidigungswillen konstatieren, aber kriegerische Aggressivität als eine Ursache des Abstiegs nennen.

2.

Was ist in China geschehen, welche Veränderungen?

(a) Die wesentliche Idee, die vermutlich die Mehrheit des chinesischen Volks zum Zeitpunkt der Gründung der Volksrepublik China hinter der Kommunistischen Partei zusammenführte, war die der Befreiung von der japanischen Herrschaft, die die Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) als ihren, angeblich gegen die kapitulationsbereite Guomindang erkämpften Verdienst beanspruchte. Diese „Idee“ war dadurch noch wirkungsmächtiger, dass sie sich mit der Hoffnung auf endgültige Befreiung von Fremdherrschaft insgesamt und der damit einhergehenden kulturellen und nationalen Demütigung verband. Eine Rückkehr zu der Zeit vor der japanischen Eroberung, als China ausländischen Mächten rechtliche und territoriale Privilegien einräumte, beziehungsweise Landesteile an Kolonialmächte abtreten musste, sollte ein für alle mal ausgeschlossen sein. Insofern gab Mao Zedong im Namen der KPCh ein Souveränitätsversprechen ab, als er am 1. Oktober 1949 bei der Verkündung der Gründung der Volksrepublik China vom Balkon vor dem Tor des himmlischen Friedens seinen berühmt gewordenen Satz sprach: „Das chinesische Volk ist aufgestanden“.

Hinzu kam eine weitere Idee, eine Idee, die nicht dem Bürgerkrieg entsprang, sondern der kommunistischen Ideologie: das Modernisierungsversprechen in der Gestalt eines Wohlstandsversprechens und eines politischen Reformversprechens. „Wenn wir erst den Kommunismus haben, dann geht es uns allen gut“ sagt der Held in Zhang Yimous Film „Leben“ kurz nach der kommunistischen Machtübernahme. Nach Kriegs- und Hungersnöten, nach den nur partiell erfolgreichen Modernisierungsversuchen Tschiang Kaischeks, war es die Kommunistische Partei, auf der die Hoffnungen des Volks auf Befreiung von Not und bitterer Armut ruhten. Hinzu kam die Hoffnung auf Befreiung von Unterdrückung und Willkürherrschaft wie unter der Guomindang und, in vielen Teilen Chinas, den Warlords. Seit den ersten Ansätzen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, westliche Vorstellungen von der Freiheit des Individuums und den Menschenrechten auch für China und sein politisches System fruchtbar zu machen, wartete ein großer Teil der besser situierten städtischen Bevölkerung auf ein Ideenkonstrukt, das es China ermöglichen würde, Anschluss an die politische Entwicklung der Welt zu finden. Es ist kein Zufall, dass sich unter den mutigsten Dissidenten heute alte KP-Mitglieder finden, die sich im Bürgerkrieg deshalb der Kommunistischen Partei angeschlossen hatten, weil sie mit deren Hilfe auf die politische Modernisierung Chinas hofften. Wenn die KPCh ihre Machtergreifung noch heute „Befreiung“ nennt, so entspricht dies, wenn nicht der Realität so doch jedenfalls den Hoffnungen der Menschen, einschließlich der Mitglieder der KPCh und ihrer Soldaten und dem dreifachen Versprechen, das die Führer der KPCh mit ihrer Machtübernahme ablegten.

Eine weitere Idee kam hinzu, die sehr viel weniger den Bedürfnissen der Menschen entsprang als der kommunistischen Ideologie und die weniger ein Versprechen war als vielmehr die Übernahme einer Mission. Die Kommunistische Partei Chinas rief nicht die Proletarier dazu auf, sich zu vereinen, sondern sie rief die unterdrückten Völker der ganzen Welt dazu auf, sich gegen die kapitalistischen und „imperialistischen“ Staaten zu erheben, und sie sagte ihnen ihre Unterstützung zu. Damit überhöhte sie ihre eigene Mission von der Ebene der Befriedigung materieller oder politischer Bedürfnisse im eigenen Land zu einer weltweiten Aufgabe, einem „Weltrevolutionsversprechen“. Die Selbstsakralisierung, die damit stattfand, immunisierte die KPCh tendenziell gegen Vorwürfe, ihre profaneren Versprechen zu vernachlässigen – und so, wie die Geschichte der Volksrepublik verlief, ließen solche Vorwürfe nicht lange auf sich warten. China ernannte sich selbst sehr bald – bereits mit dem Eintritt in den Koreakrieg – zu einer führenden Macht in einem „antiimperialistischen“ Kampf (womit der Kampf gegen die USA gemeint war) und mit dem Beginn des ideologischen Streits mit der Sowjetunion auch in einem „antihegemonistischen“ Kampf (womit der Kampf gegen die Sowjetunion gemeint war, und zwar auch um die Führerschaft der kommunistischen Weltbewegung). Damit beanspruchte China auch, die Fähigkeit zu solchen Kämpfen zu besitzen. Diesem Anspruch entsprachen allerdings die realen Fähigkeiten Chinas in keiner Weise.

Der über dreißig Jahre hinweg immer wieder wiederholte Versuch, jenseits der eigenen Fähigkeiten als Militärmacht zu agieren und damit den Anspruch auf Führung in der kommunistischen Weltrevolution zu untermauern, muss sich innenpolitisch wohl gelohnt haben. Wenn das Souveränitätsversprechen längst eingelöst und damit kein aktuelles Bedürfnis des Volkes mehr war, aber weder das Wohlstands- noch das politische Modernisierungsversprechen eingelöst werden konnten, dann ließ sich das durch die hö-

heren Ziele rechtfertigen, die die KPCh aus ideologischen Gründen verfolgte. Die Frage, die sich Deng Xiaoping – und mit ihm sicher ein Großteil der aufgeklärteren und von den innenpolitischen Verwicklungen der Kulturrevolution in Mitleidenschaft gezogenen Teilen der Führung – schließlich stellen musste, war die, ob das letztlich ebenfalls nicht einzulösende „Weltrevolutionsversprechen“ auf Dauer den Erhalt der Macht der KPCh legitimieren würde. Dengs Antwort war: Nein. Er entschied, dass die KPCh sich auf die Einlösung zumindest des Wohlstandsversprechens würde konzentrieren müssen, wollte sie ihre Macht bewahren.

(b) Mit der Reform- und Öffnungspolitik Dengs konnte zunächst auf dem Land zusätzliches Einkommen und damit Nachfrage nach Industrieprodukten entstehen, die beide zusammen wiederum Produktion und Wettbewerb stimulierten – und bis heute etwa dreihundert Millionen Menschen vom Zustand abso-luter Armut befreiten. Danach wurde der Weg zu einem Wachstum nach dem Modell der anderen, früheren ostasiatischen Wachstumswirtschaften Japan, Südkorea, Taiwan, Thailand und Singapur frei. Die fehlende soziale Sicherung der Bevölkerung führte zu hoher Sparquote (inzwischen, einschließlich der unternehmerischen Ersparnisse, bei etwa 50% des Bruttosozialprodukts angelangt), durch die Gelder für immer neue Investitionen bereit standen. Die Investitionen wiederum flossen vorrangig in exportorientierte Industrien, wo höhere Profite zu erwirtschaften waren, erst viel später wieder auf den Binnenmarkt.

(c) Das Sein bestimmt das Bewusstsein, und das Sein wird zunehmend vom wachsenden materiellen Wohlstand bestimmt. „Xia hai“ – „ins Meer (der Privatwirtschaft) springen“ und sein individuelles Glück suchen, ist viel dringender und verlockender geworden als die politische Veränderung, denn, so Deng Xiaoping, „reich werden ist ruhmreich“. Dass damit Gefahren für die Herrschaft der KPCh für den Fall heraufbeschworen wurden, dass es schwieriger würde, reich zu werden, hatte 1989 gezeigt, da erster Auslöser der Unruhen Unzufriedenheit mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gewesen war. Die KPCh meinte während des ersten Jahrzehnts der Reform- und Öffnungspolitik, dass sie als Garant des wirtschaftlichen Wachstums ausreichende Legitimität für ihre Herrschaft erhalten würde. Dies erwies sich mit den Protesten von 1989 als Fehlkalkulation: Die Forderungen der Studenten nach Freiheit und Demokratie – versinnbildlicht durch die auf dem Platz aufgestellte Statue einer „Göttin der Freiheit“ - machten eine Distanz zur kommunistischen Ideologie offenbar, die kaum noch reformkommunistische Vorstellungen wie die Gorbatschows, und vielleicht auch Hu Yaobangs und Zhao Ziyangs, realistisch erscheinen ließ. Mit der Wiederaufnahme der Reform- und Öffnungspolitik ab Anfang/Mitte der neunziger Jahre nutzte die KPCh deshalb den „Patriotismus“ als zusätzlichen Legitimierer ihrer Herrschaft. Ab 1994 wurde „patriotischer Unterricht“ in den Schulen eingeführt, das Curriculum insgesamt „patriotischer“ gestaltet, die Medien wurden einbezogen und China mit einem Netz „patriotischer Denkmäler“ überzogen, nach Bedeutung auf städtischer, Provinz- und nationaler Ebene. Der Gedanke, die Olympischen Spiele als Höhepunkt der Demonstration der Erfolge des neuen China im Jahr 2000 (nachdem Peking Sydney unterlegen war, schließlich 2008) nach Peking zu holen, entsprang dieser Strategie, den Stolz auf das Land mit dem Stolz auf die Leistungen der das Land führenden Partei zu verknüpfen.

Es dauerte allerdings nicht lange und es zeigte sich, welch gefährliches Instrument dieser „Patriotismus“ sein konnte. Die Steine werfenden Studenten nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999, der wohl übermäßig erregte Pilot, der sein Flugzeug zum Zusammenstoß mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug in der Nähe der Insel Hainan im Jahr 2001 steuerte, die Steine auf die Wagen japanischer Diplomaten nach einem verlorenen Fußballspiel der chinesischen Mannschaft 2004, waren erste Anzeichen, wie leicht nationalistische Emotionen entgleiten können. Seither ist das Internet zu einem Spielfeld zum Teil grober und extremer Auslassungen bereits durch geringfügigste Anlässe auszulösender Volkswut geworden. Das hat Konsequenzen. Traditionelles, leicht in Feindseligkeit umschlagendes Misstrauen einer Jahrhunderte gegen Außen und alles Fremde verschlossenen Kultur verbindet sich leicht mit dem Stolz einer „Wir sind wieder wer“-Attitüde nach den zwei Jahrhunderte lang von Außen erlittenen Demütigungen und tendiert dann unversehens zu selbstgerechter Aggressivität. Es waren schließlich die massiven antijapanischen Demonstrationen im Frühjahr 2005, die die chinesische Führung als Warnsignale erkannte. Sie musste sich fragen, wie sich patriotischer Enthusiasmus und der Wunsch, die „Völker der Welt“ zur Olympiade willkommen zu heißen, im August 2008 die Waage halten würde.

(d) Nach Beendigung der mit Unterstützung zahlreicher maoistischer Guerillabewegungen in der Welt „revolutionär“ orientierten Außenpolitik Maos wurde die chinesische Außenpolitik mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 einfacher und vor allem friedfertiger. Es ging ihr darum, vor allem in der

direkten Nachbarschaft den Frieden zu sichern und damit günstigere Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung Chinas zu schaffen und zu erhalten. So ist Friedensorientierung seit Ende der Mao-Zeit – mit ihren vier Kriegen in 30 Jahren – Kennzeichen chinesischer Außenpolitik, und zwar in zunehmendem Maß.

In jüngerer Zeit aber führt die Erkenntnis der wachsenden internationalen Stärke Pekings dazu, dass das Land seine Interessen deutlicher und in Konkurrenz oder Konfrontation zu Anderen formuliert. Damit einher ging ein neues außenpolitisches Konzept, das aktiv die Voraussetzungen dafür schaffen wollte, dass China gemeinsam mit anderen Staaten oder Regionalverbindungen seine Interessen effizienter vertreten konnte. Exemplarisch belegen ließe sich dies an der entscheidungsverzögernden Politik Chinas in der Frage einer Reform der Vereinten Nationen und damit einer Erweiterung des Sicherheitsrats. Chinas Festhalten an seiner engen Beziehung zu Präsident Mugabe in Simbabwe oder Präsident Chavez in Venezuela sind weitere Beispiele dieser Haltung; zuletzt auch der Test einer Anti-Satelliten-Rakete im Jahr 2007, mit der Peking die Welt überraschte.

Mit der Gewissheit, stärker und durchsetzungsfähiger geworden zu sein, entdeckt China in den letzten Jahren jedoch auch die Folgen seiner Einbindung in die Weltgemeinschaft: die zunehmende internationale Abhängigkeit seiner Außenpolitik. Die ursprüngliche Entscheidung, sich im Sudan als Investor für die Förderung von Öl zu engagieren und die eigenen Interessen dann dort mit Waffengewalt zu schützen, dürfte noch der traditionellen Haltung entsprungen sein, dass das Handeln Chinas letzten Endes nur bilaterale Ursachen und nur bilaterale Konsequenzen hat. Sehr schnell erwies sich jedoch, dass die Sudan-Politik Chinas auch Konsequenzen für die Situation in Darfur hatte. Die Stärkung, die die Regierung in Khartoum Dank der chinesischen Unterstützung erfuhr, half ihr in der Auseinandersetzung um Darfur. Die scheinbar autonome Entscheidung für ein Sudan-Engagement in Peking zeitigte mit einem Mal Wirkung an gar nicht ins Pekinger Kalkül eingegangenen Schauplätzen (wie dem Aufruf zum Boykott der so genannten „Genozid-Olympiade“).

China erkannte also seine eigene, neue (Welt-)Macht und suchte, wo erforderlich, entsprechend durchsetzungsfähig zu agieren – das ist der neue „patriotische“ Opfernationalismus, von dessen Stärke die KP zehrt. Es erkannte zugleich, wie stark verwoben mit dem Schicksal der Welt Chinas weitere Entwicklung nun geworden war und dass sich daraus neue Verantwortlichkeit für China ergab – das ist der „responsible stakeholder“. Aus dieser doppelten Erkenntnis ergaben sich für China *zwei Probleme*.

Das erste: Wegen der möglichen Konsequenz einer gewichtigen Entscheidung muss grundsätzlich eine Entscheidung des gesamten Ständigen Ausschuss des Politbüros mit neun Mitgliedern herbeigeführt werden. Dies führt bei Eilbedürftigkeit einer Entscheidung zu möglicherweise fatalen Verzögerungen: Beim Zwischenfall über der Insel Hainan im Jahr 2001 etwa dauerte es Tage, bis ein Telefonat der Verantwortlichen Chinas mit denen in den USA, die vergeblich zu telefonieren versucht hatten, zustande kam. Das zweite: Chinesische Kompetenz ist heute in Bereichen erforderlich, in denen die notwendigen personellen Ressourcen noch gar nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Aufgrund seines früheren revolutionären Engagements in Afrika etwa gibt es in China zwar eine große Zahl von Afrika-Kennern, denen jedoch das moderne Afrika nicht vertraut ist, die kein echtes Verständnis haben für die zahlreichen Beziehungs- und Interessengeflechte, in die jedes afrikanische Land eingebunden ist. Mit der Situation im Sudan mussten sich nunmehr auch chinesische Menschenrechtsexperten, Regionalexperten, Religionsexperten usw. befassen. Diese Aufgabe ist neu für die chinesische Außenpolitik. Die Entwicklung der entsprechenden Kompetenzen braucht naturgemäß ihre Zeit.

Diese zwiespältige Situation wird durch nichts besser gekennzeichnet als den Begriff, der in der ersten Hälfte des Jahrzehnts von Peking aus propagiert wurde, nämlich dem vom „friedlichen Aufstieg“ Chinas: hier gingen Vorsicht und Ehrgeiz Hand in Hand. Zheng Bijian, Berater Hu Jintaos, Schöpfer dieses Slogans, war sich durchaus bewusst, dass die neue Zunahme an Stärke bei den Partnern Chinas die Frage aufwirft, wie China denn mit dieser Stärke umgehen würde – deshalb das Begriffselement „friedlich“. Zugleich ist diese neue Stärke jedoch ein Faktum, das bei der Interessenvertretung der chinesischen Außenpolitik eine immer größere Rolle spielen wird: Der „Aufstieg“, und seine Konsequenzen sind selbst Instrument dieser Außenpolitik. Das ambivalente Verhalten Chinas auf der internationalen Bühne ist aber damit deutlich ausgedrückt. Wahrscheinlich weil damit auch Misstrauen des Auslands gegenüber chinesischen Intentionen bestärkt werden könnte, wurde im Jahr 2005 schließlich durch höchsten Beschluss – gerüchteweise des Ständigen Ausschusses des Politbüros - der Begriff kassiert, der „Erfinder“ musste Selbstkritik üben und es wurde verfügt, dass in der offiziellen Sprache Chinas künftig der Begriff „friedliche Entwicklung“ zu verwenden sei.

Für diese Rücksicht auf die Perzeption des Auslands kann es mehr als nur einen Grund geben. Gibt es eine andere Sichtweise der eigenen Situation? Für Letzteres spricht, dass der Umbruch, den wir in China beobachten, nicht auf Wirtschaft und Technik beschränkt ist, sondern auch in den Köpfen stattfindet. Die Diskussion über Chinas außenpolitische Rolle verändert sich so rasch wie Chinas wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage. Zudem propagiert Peking unterdessen neue außenpolitische Konzepte. Diese reichen in ihrer Attitüde viel weiter als jener noch recht grobe Terminus vom „friedlichen Aufstieg“. Seit etwa dem Jahr 2006 wird in chinesischen Think Tanks die Idee einer chinesischen „soft power“ diskutiert.

3.

Dies bedeutete aber nicht, dass die KPCh von ihrer traditionellen Rhetorik abgelassen hätte: Das Souveränitätsversprechen gilt weiterhin, und im Zug der „patriotischen Erziehung“ hat es eine die Macht der KPCh zusätzlich legitimierende Rolle. Das Versprechen politischer Modernisierung wurde immer wieder neu und anders aufgegriffen und wird heute mit anderen Inhalten als den ursprünglich intendierten noch immer als Ziel der KPCh genannt. Am schwierigsten ist die Handhabung der weltrevolutionären Mission der KPCh. Einerseits ist China Dank seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Weg zu einer Macht mit tatsächlich globalem Einfluss, militärisch ist es bereits eine über-regional ausgreifende Großmacht, die sich vom traditionellen Konzept eines „Volkskriegs“ verabschiedet hat und in jedem militärtechnischen Bereich bis hin zu modernen asymmetrischen Techniken (Cyber-Krieg o.ä.) versucht, modernsten Ansprüchen zu genügen. Andererseits wäre eine weltrevolutionäre Mission bei einem Land, das seinen Wohlstand der Integration in die marktwirtschaftlich organisierte Weltwirtschaft verdankt, nicht mehr glaubwürdig. Was also ist Chinas „Mission“? Welches „Versprechen“ kann Chinas Führung noch machen, das den enormen Ressourceneinsatz zum Ausbau einer Weltmachtposition rechtfertigen würde? Macht, pur und simpel? Die Attitüde des „Opferationalismus“ rechtfertigt vielleicht, den endlich erkämpften „Platz an der Sonne“ auszubauen. Das spiegelt sich dann etwa, einigermaßen rührend-charmant, in dem Satz, den ein chinesischer Student dem ARD-TV-Team sagte, nachdem China einen Satelliten um den Mond geschickt hatte: „Wir wollen alles, was das Ausland hat. Und was das Ausland noch nicht hat, das wollen wir auch.“ Aber irgendwann hat China aufgeholt – was dann? Die aktuelle Supermacht, die USA, haben den Kampf für Demokratie und Marktwirtschaft als ihre weltweite „Mission“. Wobei diese sich schon aus der Unabhängigkeitserklärung ableitet, von Abraham Lincoln nochmals bekräftigt und von den Neo-Konservativen ganz oben auf ihre Agenda gesetzt wurde. Das ist offensichtlich nicht der Kampf der KPCh. Die „geistige Orientierungslosigkeit“, die wir für die innere Verfasstheit von Chinas Gesellschaft konstatieren, kennzeichnet wohl auch Chinas äußere Verfassung und sein Verhalten nach außen.

4.

An dieser Stelle ist noch einmal festzuhalten, wie sehr die Welt grundsätzlich von dieser Veränderung, vom Wachstum und der neuen Macht Chinas profitiert: wirtschaftlich wurde weiter oben schon ausgeführt, aber dies gilt auch politisch. Natürlich lassen sich die globalen Fragen, vom Klimawandel bis zum Terrorismus, mit einem stabilen und verantwortungsbewussten China wesentlich besser regeln. Aber wenn man sich nun die Herausforderung für die bestehende Ordnung vergegenwärtigt, so wird ein Aspekt besonders deutlich: In der Vergangenheit hat ein Land, das auf dem Weg war die Welt zu beeinflussen, sich immer erst auch an die Welt angepasst und sich durch diese verändern lassen. Der Grund hierfür ist klar: Der Aufstieg zur Macht ist lange und gelingt nur durch die Befolgung der Spielregeln. Erst wenn man sich wirklich in die Weltwirtschaft integriert hat (beispielsweise den Regeln der WTO folgt) oder sich im Sicherheitsrat wie die anderen ständigen Mitglieder verhält, wird man langsam zu einer anerkannten Weltmacht, aber die dann die Spielregeln auch verinnerlicht hat. Darum ist die Frage nach der Herausforderung: „wie China die Welt verändert“, keine echte Herausforderung, da China, wenn es mächtig genug geworden ist tatsächlichen Einfluss auf die Welt geltend zu machen, die Spielregeln der Welt schon in „Fleisch und Blut“ übergegangen sein werden.

Aber Joshua Ramo („Peking-Konsens“) und die CDU/CSU („Systemkonkurrenz“) fragen ja nach mehr: Am Ende gibt es neben dem eben genannten Zusammenhang zwischen Aufstieg und Integration einen weiteren wesentlichen Grund, weshalb Konflikte zwischen bestehenden Mächten und dem neuen strategischen Konkurrenten nicht neu zu befürchten sind. 60 Prozent der EU-Exporte (insgesamt sind es etwas über 50 Prozent) Chinas sind weiter verarbeitete Waren. Die Komponenten – ob high tech-Komponenten aus Japan oder Schnürsenkel aus den Philippinen – kommen aus ganz Ost- und Südostasien und, nimmt man die Rohstoffe Australiens dazu, aus den Ländern des gesamten Bogens von Japan bis hinunter nach Australien. Wir haben es mit einem neu ineinander verwobenen Wirtschafts-

raum zutun, dessen einzelne Mitglieder in unterschiedlicher Weise von einander abhängig sind. Es ist keine mit der Europäischen Union vergleichbare Situation, aber jedenfalls gäbe es die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Chinas ohne seine Nachbarn nicht und dies gilt vice versa. Tatsächlich haben wir es mit einem neuen weltwirtschaftlichen Gravitationszentrum zu tun, das zwar wirtschaftlicher Akteur ist, aber noch nicht politischer. Dies bedeutet für China, dass die regionale wirtschaftliche Verwebung und damit die Abhängigkeit Chinas von seinen Nachbarn, immer auch eine Einschränkung für die eigene Machtausübung darstellt.

5.

Die Herausforderung die sich durch den Aufstieg und das Wachstum Chinas stellt ist: Verändert China nicht die Spielregeln (zunächst jedenfalls), sondern die Mechanismen und zwar, ohne das so zu wollen? Aufgrund seines Menschenreichtums und seiner Größe insgesamt, die beispielsweise dazu führt, dass geringfügige Einkommensüberschüsse einzelner kleiner Firmen oder schon winzige Spekulationen einzelner Privatpersonen an den Aktienmärkten, in der Summe, gewaltige Auswirkungen auf die internationalen Märkte haben können? Ein weiteres Beispiel ist die weltweite Horizontalisierung des Arbeitsmarkts (auch) als Folge der immensen Zahl der Arbeitskräfte in China. Doch ist dies nicht alleine eine chinesische Herausforderung, sondern auch eine indische, russische, brasilianische, eine Herausforderung die sich insgesamt aus dem Aufstieg der Schwellenländer ergibt: Der Endlichkeit der Welt steht die Unbegrenztheit der Nachfrage nach ihren Ressourcen gegenüber.